



Eurospots

Schlaglichter aus dem Herzen Europas



AUS DEM INHALT

Ausgabe März 2024

- **Ukraine**
- **Führerschein-Wahn gestoppt**
- **Sofortüberweisungen auf dem Weg**
- **Europäische Arzneimittel-Allianz**

Liebe Leserinnen und Leser,

die parlamentarische Arbeit geht nun in die Endphase. Bis zum 25. April, dem Ende der letzten Plenarsitzung, gilt es noch einige Gesetzesvorhaben zum Abschluss zu bringen. Dies ging während der zwei Februarplenarwochen mit einer hohen Intensität an Abstimmungen einher, die sich unter anderem von Sofortüberweisungen und Neuregelungen zum EU-Führerschein bis hin zu 50 Milliarden ziviler Ukraine-Hilfe für die nächsten vier Jahre erstreckten. Auch die Märzplenarwoche ist mit einer breiten Themenpalette gespickt: So stehen unter anderem der Internationale Frauentag, Cybersicherheit im Zusammenhang mit Produkten mit digitalen Elementen, eine Richtlinie zu Industrieemissionen, Rechtsakte zu Medienfreiheit und künstlicher Intelligenz sowie die Beziehungen zu Armenien auf der Tagesordnung. Besonders bewegt, aber auch bedrückt hat mich im Februar die Plenarrede von Julia Nawalnaja, der Frau des in russischer Haft im Auftrag Putins ermordeten Regimekritikers Alexej Nawalny. Mord, Repression nach innen und Krieg nach außen – das ist das heutige Russland, wie Putin es geformt hat. In einer Resolution haben wir das auch sehr deutlich gemacht. Wir dürfen Russland gegenüber nicht naiv sein. Der jüngste Abhörskandal um die Bundeswehr macht deutlich, dass Russland damit gezielt auf die Öffentlichkeit Einfluss nehmen will. Für die Europawahl ist mit einer Ausweitung derartiger Aktionen zu rechnen. Bereits jetzt sehen wir Desinformationskampagnen, die Unzufriedenheit zu säen versuchen, um so den rechtsextremen Rand zu stärken und damit unseren Zusammenhalt in Europa zu untergraben. Das sollte uns Mahnung zu höchster Wachsamkeit, gerade in den sozialen Netzwerken, sein. Hinterfragen und prüfen Sie also Informationen und Quellen kritisch, die Sachverhalte einseitig, verkürzt und emotionalisierend darstellen und lassen Sie sich nicht instrumentalisieren!

Ihr

Michael Gahler



Europa steht fest an der Seite der Ukraine



Das Europaparlament hat am 27. Februar 2024 dem Gesetzentwurf zur Fazilität für den zivilen Wiederaufbau und die Modernisierung der Ukraine („Ukraine Fazilität“) zugestimmt. Mit diesem Instrument unterstützt die EU die Ukraine sowohl in der Bewältigung der Kriegsfolgen und -schäden, die alleine 2022 zu einem Einbruch des Bruttoinlandsprodukts um fast 30% geführt haben, als auch auf Ihrem Weg in die EU.

Insgesamt wurden der Ukraine bis 2027 50 Mrd. Euro zugesichert. Das Paket wurde im Rahmen der Überarbeitung des Mehrjährigen

Finanzrahmens beschlossen, dem Haushalt der EU für die Jahre 2021 bis 2027. Von den 50 Mrd. Euro sollen 33 Mrd. Euro als Darlehen und 17 Mrd. Euro in Form von Zuschüssen an die Ukraine fließen. Zudem soll die Fazilität durch Abschöpfung der Zinsen auf eingefrorene russische Vermögensgüter in Europa mitfinanziert werden. Die dafür notwendige Rechtsgrundlage wird derzeit durch die EU-Kommission erarbeitet.

Ziel ist, die 50 Mrd. Euro auch durch die zuvor eingefrorenen russischen Vermögensgüter in Höhe mehrerer hundert Milliarden Euro

mitzufinanzieren. Hierfür arbeitet die EU an einer tragfähigen Rechtsgrundlage.

Die Gelder dienen einerseits der Stärkung der Widerstandsfähigkeit der ukrainischen Wirtschaft, um langfristig für Stabilität und Fortschritt zu erreichen. Außerdem sollen die Gelder der Vorbereitung des Wiederaufbaus und notwendiger Reformen des Landes dienen, um es auf den Beitritt zur Union vorzubereiten. Um eine effektive Nutzung der Gelder hat das Parlament in den Gesetzesverhandlungen erreicht, dass alle vier Monate zusammen mit der EU-Kommission, die Nutzung

der Gelder durch die Ukraine ausgewertet wird.

Michael Gahler, außenpolitischer Sprecher der EVP-Fraktion, der als Ko-Berichterstatter zum Gesetz einen maßgeblichen Anteil an der Ausgestaltung der Fazilität hat, sieht in der Verabschiedung eine wichtige Botschaft: „Die Ukraine

kann auf uns zählen, Europa steht an der Seite der Ukraine. Neben der notwendigen finanziellen Unterstützung des ukrainischen Staatshaushalts werden damit die Weichen für eine wiederaufgebaute, modernisierte Ukraine gestellt.“

Die Fazilität bildet einen Grundstein für eine erfolg-

reiche Zukunft der Ukraine nach einem hoffentlich baldigen Ende des verbrecherischen Krieges Russlands. Die Ukraine Fazilität unterstreicht, dass Europa weiterhin fest an der Seite der Ukraine steht und sendet ein deutliches Signal: Die Zukunft der Ukraine wird in Kyjiv und nicht in Moskau entschieden.

Europaparlament fordert Stärkung der europäischen Verteidigung

In der zweiten Sitzungswache Ende Februar verabschiedete das Europäische Parlament den Jahresbericht 2022 zur Umsetzung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU. Dieser Jahresbericht stand ganz im Zeichen des verbrecherischen Angriffskrieges Russlands auf die Ukraine. So fordern die Abgeordneten in dem Bericht eine Ausweitung und Beschleunigung der finanziellen und militärischen Unterstützung der Ukraine, um die Ukraine in die Lage zu versetzen, die russischen Streitkräfte besiegen zu können.

Gleichzeitig unterstreicht der Bericht die Notwendigkeit zur Stärkung der europäischen Verteidigungs-

fähigkeit, die aufgrund von drei Jahrzehnte unzureichender Investitionen in einem desolaten Zustand ist, was durch die Schwierigkeiten bei der militärischen Unterstützung deutlich zutage trat. Entsprechend werden die Mitgliedstaaten aufgefordert die Zusammenarbeit auf der Ebene der Streitkräfte und der Ebene der Industrie zu verbessern, was durch ein europäisches Investitionsprogramm für den Verteidigungssektor unterstützt werden soll. Ebenso greift der Bericht die lang gehegte Forderung von CDU/CSU zur Schaffung eines Verteidigungskommissars auf, der für die effiziente Koordinierung der gemeinsamen europäischen Anstrengung in dem Bereich zuständig sein soll.

CDU und CSU begrüßen diesen Bericht, denn für sie ist klar: Die EU muss sich sicherheits- und verteidigungspolitisch besser aufstellen und zu einem eigenständigeren geopolitischen Akteur werden, der in der Lage ist, die europäischen Bürgerinnen und Bürger wie auch europäische Interessen zu schützen. Der brutale Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine, die feige Ermordung Alexej Nawalny, Putins zunehmende Drohungen dem Westen gegenüber sowie die Aussicht auf die Rückkehr Donald Trumps ins Weiße Haus erfordern mehr und nicht weniger EU-Aktivitäten zur Stärkung der eigenen Verteidigungsfähigkeit.

Linker Führerschein-Wahn gestoppt

Ob zum Einkaufen schnell über die Grenze oder im Urlaub einen Mietwagen fahren: Der EU-weite Führerschein hat seit seiner Einführung für Millionen Europäerinnen und Europäer einen echten Mehrwert gebracht. Diese Vorteile scheinen Grünen, Linken und Sozialdemokraten nicht viel wert zu sein: In der zweiten Plenarwoche im Februar stimmten sie für verpflichtende medizinische Tests und gegen eine euro-

paweite Anerkennung von Traktor-Führerscheinen. Die Abgeordneten von CDU und CSU haben sich dieser Form der Neuauflage geschlossen verweigert.

Glücklicherweise konnten die absurdesten Vorschläge von Grünen und Linken schon im Ausschuss verhindert werden. Alltagsfremde und bevormundende Regeln wie Nachtfahrverbote für Fahranfänger, Tempo-

limits durch die Hintertür oder SUV-Führerscheine sind nun nicht mehr in der Parlamentsposition enthalten. Auch die vorgesehene Altersdiskriminierung ist vom Tisch. Das sind Erfolge der EVP, von denen die Bürgerinnen und Bürger unmittelbar profitieren können. Zusammen mit der von CDU/CSU seit Jahren geforderten europaweiten Anerkennung des begleiteten Fahrens ab 17 Jahren, bleiben diese Ergebnisse aus dem Ausschuss der einzige Lichtblick.

Die Europaabgeordneten von CDU und CSU werden uns im weiteren Gesetzgebungsverfahren dafür einsetzen, dass auch die letzten groben Schnitzer entfernt werden und die Europäerinnen und Europäer weiterhin unkompliziert grenzüberschreitend mit dem Auto unterwegs sein können.



Schutz geografischer Herkunftsbezeichnungen in praktikabler Form reformiert

Pfälzer Landwein, Dresdner Christstollen, Aachener Printen, Thüringer Rostbratwurst oder Nürnberger Lebkuchen

sind international geschützte Begriffe, die so nur bei uns hergestellt und unter diesen Namen vermarktet werden

dürfen. Das Europäische Parlament hat am 28. Februar 2024 einen neuen Rechtsrahmen für diese „geogra-

phische Herkunftsbezeichnungen“ genannten Gütesiegel beschlossen.

Die Gruppe der CDU/CSU-Europaabgeordneten hat diese Reform von Anfang an eng begleitet. Notwendig war eine behutsame Reform und Modernisierung, keine Änderung eines funktionierenden Systems. Letztendlich ist das gut gelungen. Der neue Rechtsrahmen legt unter anderem einen besseren Schutz im Internet fest, fördert erstmals das Thema

Nachhaltigkeit bei der Herstellung und ermöglicht ein vereinfachtes Eintragungsverfahren, wodurch bürokratischer Aufwand verringert wird.

Leider drohte die Reform zwischenzeitlich über das Ziel hinaus zu schießen, wie beispielsweise durch verpflichtende Herkunftsangaben für Zutaten, die nicht aus dem Produktionsgebiet stammen. Das wäre ein bürokratisches Monster geworden und hätte dazu ge-

führt, dass Nürnberger Lebkuchen, Aachener Printen oder Spirituosen wie Kräutlerlikör künftig nur mit Beipackzettel hätten verkauft werden können. Dies konnten die Abgeordneten von CDU und CSU erfolgreich verhindern. Mit den neuen Regeln bleiben unsere traditionellen, oft in Familienbetrieben handwerklich produzierten und einzigartigen Produkte geographisch geschützt, ohne überflüssige neue Vorgaben erfüllen zu müssen.

Europaparlament gibt grünes Licht für europäische digitale Identität

Mit einem europaweit gültigen digitalen Identitätsausweis sollen sich EU-Bürgerinnen und Bürger künftig bei elektronischen Transaktionen ausweisen können, online Rechtsdokumente unterzeichnen, ein Bankkonto eröffnen oder sich digital an einer Universität einschreiben können. Dies hat das Europäische Parlament in seiner zweiten Sitzungswoche im Februar mit der Verordnung „im Hinblick auf die Schaffung eines Rahmens für eine europäische digitale Identität“ beschlossen. Neben dem digitalen Identitätsausweis können auch weitere Dokumente,

wie ein Führerschein oder ein Universitätszeugnis, in einer europäischen digitalen Brieftasche gespeichert werden.

Die Europäische digitale Identität und Brieftasche sollen das Leben und Arbeiten in der Europäischen Union erleichtern. So können beispielsweise Studierende aus Deutschland sich künftig mit ihrer e-ID online in einer spanischen Universität einschreiben sowie Dokumente rechtssicher signieren. Ein wichtiger Punkt des Vorhabens war die Sicherheit. Wenn die e-ID eingesetzt wird, erhöht sich damit auch das Sicherheitsniveau im On-

line-Handel: Ein Weinhändler kann beispielsweise über die e-ID das Mindestalter der Online-Kundinnen und Kunden abfragen.

Wichtig ist, dass die europäische digitale Identität trotz aller Chancen der Digitalisierung Rücksicht auf ältere Menschen nimmt. Die Nutzung ist freiwillig. Keine Bürgerin und kein Bürger wird verpflichtet, den europäischen digitalen Identitätsausweis zu nutzen. Gefordert sind sowieso zunächst die Mitgliedstaaten. Sie müssen die neuen Vorgaben aus Brüssel nun umsetzen.

EU-Parlament bringt Sofortüberweisungen auf den Weg

Überweisungen in Sekundenschnelle in ganz Europa verfügbar und bezahlbar machen – das sind die Ziele des neuen EU-Gesetzes für So-

fortüberweisungen, welches das Europaparlament Anfang Februar beschlossen hat. Damit müssen künftig alle Banken, die Geldtrans-

fers innerhalb der Eurozone anbieten, ohne Aufpreis auch Sofortüberweisungen anbieten, egal ob es sich um Inlands- oder Auslandsüberweisungen handelt.



Bei Sofortüberweisungen wird das Geld in Sekundenschnelle auf dem Empfängerkonto gutgeschrieben. Für Verbraucherinnen und Verbraucher sowie Unternehmen schafft dies einen echten Mehrwert. Die Gruppe der CDU/CSU-Abgeordneten hat die neue Gesetzgebung von Anfang an unterstützt. Sie ist ein gelungenes Beispiel dafür, wie die EU das Leben im Alltag erleichtert und verbessert.

EU-Kommission zieht umstrittenen Pestizid-Vorschlag zurück

Gute Nachrichten für europäische Landwirtinnen und Landwirte: Nach heftigen Protesten in den vergangenen Tagen und Wochen hat EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen angekündigt, das hoch umstrittene Gesetz zum Einsatz von Pflanzenschutzmitteln zurückzuziehen. Für die CDU/CSU-Europa-

abgeordneten ist das ein schöner Erfolg. Wir haben immer wieder darauf hingewiesen, dass ein handwerklich schlecht gemachter Ansatz wie dieses Gesetz in der Praxis nicht funktionieren kann. Totalverbote von Pflanzenschutzmitteln in landwirtschaftlichen Gebieten sind einfach der falsche Weg.

Gut ist, dass die die Kommission nun angekündigt hat, der europäischen Landwirtschaft entgegenkommen zu wollen. Die Bäuerinnen und Bauern sollen künftig über einen strategischen Dialog in die Entscheidungsfindung einbezogen werden. Es ist höchste Zeit, dass die Landwirtschaft in der EU-Kommission jetzt Chefsache wird.

Europaparlament positioniert sich zur neuen Gentechnik

Mithilfe von sogenannten neuen genomischen Verfahren, auch neue Züchtungsmethoden genannt, können nachhaltigere und krisenbeständigere Pflanzen entwickelt werden. Diese Verfahren bieten eine große Chance für die Landwirtschaft und die Ernährungssicherheit, brauchen aber einen dafür passenden Rechtsrahmen. Sie sind ein Beispiel für einen

großen wissenschaftlichen Fortschritt, auf den der Gesetzgeber reagieren muss. Am 07. Februar 2024 hat das Europaparlament seine Position zu einem Gesetzesvorschlag der Europäischen Kommission festgelegt, der die neuen Methoden regulieren soll.

Im Vorfeld wurden wichtige und berechtigte Bedenken

von Biobauern und anderen Landwirten aufgenommen. Die neuen Züchtungsmethoden sollen nicht im Bio-Anbau eingesetzt werden. Nun müssen sich noch die Mitgliedstaaten positionieren, bevor die endgültigen Verhandlungen zwischen Europaparlament und Mitgliedstaaten für den neuen Rechtsrahmen beginnen können.



Europäische Arzneimittel-Allianz



Die COVID-Pandemie hat gezeigt, wie verwundbar der Arzneimittelsektor sein kann.

Mit einer Allianz für kritische Arzneimittel wollen EU-Kommission und die EU-Mitgliedstaaten die Produktion von Medika-

menten in der EU stärken, internationale Lieferketten breiter aufstellen und so Europas Abhängigkeit von Drittstaaten senken. Dafür sollen alle relevanten Interessenträger

zusammengeführt und gemeinsam Lösungen entwickelt werden.

Die Allianz wird zur industriellen Komponente einer starken europäischen Gesundheitsunion werden. Dabei baut sie auf die Erfahrung der europäischen

Arzneimittelagentur (EMA) auf und wird sich auf die Arzneimittel mit den größten Engpässen und den größten Auswirkungen auf das Gesundheitssystem konzentrieren. Die Allianz wird in diesem Frühjahr ihre Arbeit aufnehmen und bis Herbst ihre ersten Empfehlungen veröffentlichen.

Informationsportal zur Europawahl

Zwischen dem 6. bis 9. Juni 2024 findet die größte demokratische Wahl der Welt – die Europawahl – statt. Rund 450 Millionen sind aufgerufen in dieser Zeit das Europaparlament, das einzig direkt demokratisch legitimierte Organ der EU, zu wählen. Unter dem Motto „Nutze Deine Stimme“ hat das Europäische Parlament

ein umfangreiches Informationsportal aufgelegt, wo sich Bürgerinnen und Bürger zu allen Fragen rund um die Wahl informieren können.

WEB-TIPP

Weitere Informationen finden Sie hier:

<https://elections.europa.eu/de/why-vote/>

IMPRESSUM

Michael Gahler
EVP-Fraktion im
Europäischen Parlament
ASP 15 E 262
B-1047 Brüssel
Tel +32-2-2845977
Fax +32-2-2849977
michael.gahler@
europarl.europa.eu
www.michael-gahler.eu
 michael.gahler.eu

Europabüros:
Wasserweg 2
64521 Groß-Gerau
Tel: +49-6152-932510
und Steubenplatz 12
64293 Darmstadt
Tel: +49-6151-1712-13

Bildnachweis:
Europäisches Parlament,
Europäische Kommission